

10 Nummern S 1-20
 Deutschland Mark 1-20
 (inkl. Postzustellung)
 Österr. Postsparkassen-
 Konto Nummer 119.471

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
 (OPPOSITION)

Erscheint vierzehntägig
 Redaktion und
 Administration:
 XVI., Hyrtlgasse 19/4
 Telefon R 80-9-58

2. Jahrgang

Wien, Oktober 1928

Nr. 35

Verhindert den Heimwehraufmarsch!

Was will die Bourgeoisie mit dem Heimwehraufmarsch am 7. Oktober?

Schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter, ein politisches System das das ermöglicht und sichert, mit einem Wort: Kurs auf die offene kapitalistische Diktatur, das ist die allgemeine Linie der Bourgeoisie. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist der 7. Oktober der Bourgeoisie die vorletzte Etappe.

Sie will damit einige praktische Fragen zu ihren Gunsten lösen: die Mietenfrage, das Abgabenteilungsgesetz, die Grundsatzgesetze (Verkehrspolizei) usw. Zugleich will sie damit folgende politische Teilziele erreichen:

Erstens: Der Sozialdemokratie die außerparlamentarische Handlungsfreiheit faktisch nehmen, sie zu einer rein parlamentarischen Opposition hinabdrücken und deren selbst nur propagandistische Aktionsmöglichkeit einschränken.

Zweitens: Den Mittelschichten (Kleinbürgern, Beamten, Häuslern, Keuschlern, Zwerg- und Kleinbauern) demonstrativ beweisen, daß die Macht bei der Bourgeoisie, daß sie nur auf Seite der Bourgeoisie etwas zu holen und dadurch deren Umgruppierung zurück unter die direkte Führung der Bourgeoisie einleiten.

Drittens und vor allem: Im proletarischen Gebiet selbst dem Proletariat lebendig den Machtapparat vor Augen zu führen, über den die Bourgeoisie neben ihrem Staatsapparat verfügt, und eben dadurch die Arbeiterklasse einschüchtern.

Wenn die Bourgeoisie das erreicht, hat sie den Boden zur Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur wesentlich geebnet. Und in dem Moment, da ihre Heimwehren im Wiener Neustädter Industriegebiet aufmarschieren können, durch die bloße Tatsache dieses Aufmarsches erreicht die Bourgeoisie vollkommen das, was sie jetzt erreichen will. Gelingt es ihr die Heimwehren im Wiener Neustädtergebiet tatsächlich aufmarschieren zu lassen, dann hat sie auch in der letzten Vorentscheidung gesiegt. Dann ist das Tor geöffnet zum „Marsch nach Wien!“

Die Taktik der Sozialdemokratie.

Geordneter, stabilisierter, rationalisierter Kapitalismus, der auch die Mittelschichten leben läßt, alles so gedeichelt daß die Gefolgschaft der Arbeitermassen ihr erhalten bleibt, Klassenkampf mit dem Mund, in der Praxis Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, das ist die wirkliche allgemeine Linie der Sozialdemokratie.

Auf dieser Linie bewegt sich selbstverständlich auch die sozialdemokratische Taktik für den 7. Oktober, deren wirkliche Losung lautet: Kapitulation unter allen Umständen, aber so — daß die Arbeiter das nicht merken. Nicht eine Sekunde stand und steht die Kapitulation für die Sozialdemokratie in Frage — die Bourgeoisie weiß das genau, nicht die Sozialdemokratie fürchtet sie, sondern die Arbeitermasse! — in Frage stand und steht für die SP nur die Form der Kapitulation, die so sein muß, daß die Arbeiter sie nicht durchschauen. In der Tat vollzieht die Sozialdemokratie das Preisgeben entscheidender proletarischer Interessen und Positionen, mit einem Wort: die Kapitulation, diesmal in potenziert raffinierter Form.

Weit vorausblickend setzte sie schon vor Monaten — heute werden manche der damals sicher freudig überraschten sozialdemokratischen Arbeiter den Zweck der Übung schon zu verstehen beginnen — mit einer systematischen Agitation ein für — offensive Losungen: Erhaltung des Mieterschutzes, das genügt nicht. Verbesserung des Mieterschutzes: Anforderungsgesetz! Ausgleichsfond usw.! Erhöhung, Verbesserung der Arbeitslosenversicherung! Dauern-

der Pächterschutz! usw. . . . Diese Agitation trieb sie planmäßig durch mehrere Wochen vor.

Aber schon knapp vor dem Parteitag vermochte der aufmerksame Leser zu entdecken, daß das nur der Vorhang vor den Massen sei, hinter dem in Wirklichkeit ein gewaltiger Rückzug, eine wahre Kapitulation, vorbereitet wird.

„Der Metallarbeiter“ schrieb vor dem Parteitag seelenruhig: Als konsequente Demokraten gibt es für uns nur zwei Möglichkeiten: entweder Neuwahlen oder — bei prinzipieller (das heißt mit dem Mund) Festhaltung unserer Linie Konzessionen machen und auf diesem Boden mit dem Gegner verhandeln. Hier war der Parteitag schon vorweg genommen.

Dann kam der Parteitag

Lassen wir sein Brimborium bei Seite. Folgendes sind seine unbezweifelbaren Ergebnisse:

1. Bisher vertrat die Sozialdemokratie die richtige Auffassung, die wirtschaftliche Lage der österreichischen Arbeiter macht eine Erhöhung des Mietzinses untragbar. Diese Lage hat sich nach dem Jahresbericht der sozialdemokratisch zusammengesetzten Gewerkschaftskommission verschlechtert („die Reallöhne sinken!“).

Trotzdem gab der sozialdemokratische Parteitag diesen Standpunkt, ohne eine Begründung auch nur zu wagen, kurzer Hand auf und bot der Kapitalistenklasse durch den Mund Otto Bauers „beispielsweise“ eine Erhöhung der Mietzinse auf das Dreitausendfache, das ist das dreifache des bisherigen Zinses.

2. Diese Zinserhöhung soll — sagt die Sozialdemokratie mit dem Mund — zum Bau von neuen Wohnungen für die junge Generation benützt werden. Zugleich aber gab der Parteitag die bisherige, richtige Losung „Am Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden!“ auf und erklärte: wenn die Einheitsliste unseren Vorschlag nicht annimmt, dann müssen Neuwahlen entscheiden.

Mag sein, daß Neuwahlen der SP Stimmen- und Mandatszuwachs brächten. Das ist möglich. Die Mehrheit würden sie ihr nicht bringen, denn schließlich fiel selbst in der Wahl die durch die Schuld der SP gesteigerte Macht der Bourgeoisie entscheidend in die Wagschale. Wenn der Heimwehraufmarsch nicht verhindert wird, dann wird sich die Bourgeoisie vielleicht den Luxus leisten Wahlen zu machen — mit der Heimwehr. Und selbst den Fall gesetzt, daß die SP dann 51 Prozent der Stimmzettel bekäme, praktisch würde das nur in der Form etwas ändern, nichts in der Sache. Dies zu beweisen behalten wir uns vor, bis die Frage aktueller wird. Für heute genügt:

Wer mit dem Mund tausendmal in jeder Stunde sagt: Mietzinserhöhung nicht für die Hausherrn, sondern zur Steigerung der öffentlichen Bautätigkeit! — zugleich aber erklärt: letzten Endes sollen Neuwahlen darüber entscheiden — der mag sich drehen, spreizen, wenden wie er will, praktisch und faktisch macht er eine Politik, die dazu führt, daß die Mietzinserhöhung in den Taschen der Hausbesitzer (eventuell aller Kapitalisten) landen muß.

In Wirklichkeit ist die SP schon mitten drin sogar ihre Losung „Neuwahlen“ aufzugeben. Ihr Verhalten zeigt, daß sie an Obstruktion ernstlich nicht denkt und ohne Obstruktion kann sie Neuwahlen nicht erzwingen.

Der ganze Sinn der vielen sozialdemokratischen „Offensivlosungen“ ist die Spekulation, daß doch die Bourgeoisie, der SP da sie doch den kapitalistischen Raubzug widerstandslos durchlassen wird, bereit sein werde, der SP einige Blümelein zu zuwerfen, womit sie ihre Blöße vor den Massen verdecken könnte. Diese Spekulation ist richtig: die Bourgeoisie will die SP hinabdrücken; aber daß die Maskierung der sozialdemokratischen Kapitulation vor den Arbeitern gelingt, daran ist die Bourgeoisie interessiert. Die Arbeitermassen sollen der SP gefügig bleiben, damit die So-

zialdemokratie der Kapitalistenklasse die Dienste leisten kann, die diese von ihr braucht.

Was Wiener Neustadt

betrifft, so zog und zieht die SP die Kapitulation wie folgt auf:

An die Verhinderung des Heimwehraufmarsches hat sie nie gedacht und denkt sie nicht. Am liebsten hätte sie sich drum nicht geschert oder daraus einen Erfolg sozialdemokratischer Fremdenverkehrspolitik gemacht, die gegenwärtig ja der Stolz der SP ist.

Aber die Arbeiter kommen in Bewegung. Darum entschloß sie sich zum Gegenaufmarsch. Sie sagte sich, es ist besser für die Kapitalistenklasse, wenn wir, die SP, das in die Hand nehmen und in für die Bourgeoisie ungefährlicher Form und Richtung verpuffen lassen — als daß es zu einer spontanen Massenaktion kommt, die unberechenbar ist und, auch wenn das Proletariat nicht siegt, zu schwerer Schädigung der Kapitalisten führen könnte. Denn den Massengroll zu einer Gegenaktion zusammenzureißen, um die Konterrevolution auf den Kopf zu schlagen, daran dachte und denkt die SP in Wirklichkeit nicht einmal im Traum. Es versteht sich, daß sie vom

Kampf desto mehr schreit, je mehr sie praktisch kapituliert. Noch niemals hat die „Arbeiter-Zeitung“ das Wort „Kampf“ so oft in den Mund genommen, wie in diesen Tagen. Das Kampfgeschrei soll die Massen täuschen, soll ihnen die praktische Kapitulation verhüllen.

Leitendes Ziel der ganzen sozialdemokratischen Anstrengungen ist, den Heimwehraufmarsch dadurch zu „verhindern“, daß die Regierung

alle

Aufmärsche verbietet, auch den sozialdemokratischen.

Darum ging die SP einen großen Schritt weiter und bot der Kapitalistenklasse an: Aufmärsche einexerzierter Formationen sollen für ein Jahr und länger von Gesetzeswegen überhaupt verboten werden. Die Bourgeoisie erwiderte: Bitte sehr, auch wir sind für die innere Abrüstung, aber auf der ganzen Linie, also auch in den Betrieben, zur inneren Abrüstung gehört auch das — „Antiterrorgesetz“ . . .

Die Bourgeoisregierung denkt nicht an ein Verbot. Wird die SP jetzt im Parlament das, was die Bourgeoisie will, im großen und ganzen schlucken (Regierungsvorlagen über Mieterschutz, Abgabenteilung, Verkehrspolizei usw.), wird es vollkommen klar sein, daß die SP in diesen entscheidenden Tagesfragen

unter dem Druck des drohenden Heimwehraufmarsches

kapituliert hat, dann ist es möglich, daß die Bourgeoisie sich für Wiener Neustadt mit einer Form begnügt, die an der Sache nichts ändert, aber es der Sozialdemokratie wesentlich erleichtert die Kapitulation vor den Arbeitermassen zu maskieren und sie bei der Stange zu halten — im Interesse der Kapitalistenklasse.

Welche Wendung immer die Dinge bis zum 7. Oktober nehmen und an Wendungen und Windungen wird es nicht fehlen, die SP wird nicht aufhören um das Verbot durch immer gewaltigere Konzessionen zu „kämpfen“ und wird sich letzten Endes, wenn dieser „Kampf“ nicht das gewollte Ergebnis hat, mit der reibungslosen Durchführung beider Aufmärsche zufrieden geben und bis zum letzten Augenblick Kampfpose mimen.

Die SP-Losung „Am 7. Oktober nach Wiener Neustadt!“ ist eine solche Wendung. Will die SP damit den Heimwehraufmarsch verhindern? Keine Idee. Nicht um zu „raufen“ will sie die Massen des Wiener Neustädtergebietes konzentrieren, sagt die „Arbeiter-Zeitung“, sondern „um den Heimwehrluten zu zeigen, wie es wäre, wenn es ernst würde: gegen jeden Heimwehrmann zehn ruhig entschlossene Proletarier! . . . Ihr werdet uns am 7. Oktober se-

hen ... Ihr werdet sehen, die große, einige, disziplinierte, unbesiegbare Masse!" Der dümmste Heimwehrmann wird darauf sagen: „Wir haben die Stutzen, Karabiner, Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze und ihr habt — Staberl. Mit dem „zeigen“ und „sehen“ wird man der Heimwehr nicht imponieren, höchstens die Arbeiter „beruhigen“. Der Zweck der Uebung? Das Verbot doch noch herbeizuführen.

Allein zu weit schon sind die Dinge in Oesterreich gediehen dank der „altbewährten“ Politik der Sozialdemokratie. Die Zuspitzung der Klassengegensätze läßt der Sozialdemokratie nur mehr die Wahl:

Entweder mit dem Proletariat kämpfen und siegen! Oder Kapitulation und Enthüllung des wahren Wesens der Sozialdemokratie, das die Arbeitermassen durch alle Maskierungen hindurch erkennen werden — wenn die Kommunisten die richtige Taktik einschlagen.

Jetzt schon aber muß sich jeder Arbeiter klar sein, daß diese für die Arbeiterschaft gefährliche Lage, daß dieses Abgleiten von den Machtpositionen des Jahres 1919 zu den Niederungen des 7. Oktober 1928 herbeigeführt wurde durch die Politik der Sozialdemokratie.

Durch die Politik der Sozialdemokratie 1919/20: Sie beließ Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie, Gerichte, Verwaltungsapparat klassenmäßig in der Hand der Bourgeoisie. Sie ließ die Waffen in den Händen der Bourgeoisie und des bourgeoisen Anhangs, die Arbeiter aber entwaffnete sie. Sie ließ die Heimwehrformationen bilden und bewaffnen, die proletarische Ordnerorganisation aber sabotierte sie und als das nicht mehr ging, machte sie daraus den Schutzbund mit Veteranengeist und Staberln.

Durch die Politik der Sozialdemokratie 1927: Sie lieferte der Bourgeoisie die Arsenalwaffen aus.

Sie ermöglichte es der Bourgeoisie am 15. Juli die Erhebung der Arbeiterklasse niederzuschlagen.

Sie hat im Alpinekampf die Heimwehren als gleichberechtigt anerkannt selbst für den Betrieb und hat so den Heimwehfaschismus legalisiert.

Durch die Gesamtpolitik der Sozialdemokratie vom Oktober 1918 bis zum Oktober 1928: die sich nicht richtete nach den Interessen des Proletariats sondern nach dem Interesse des „Volkes“, die in jeder Frage das proletarische Interesse unterordnete den Interessen der „Wirtschaft“ und, da diese kapitalistisch ist, unterordnete den Interessen der Kapitalistenklasse. All das in der politischen Form die den Gipfel der sozialdemokratischen Weisheit bildet, in Form der Koalitionspolitik, dieser Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. So glitt und gleitet durch die Politik der Sozialdemokratie das Proletariat immer tiefer in Machtstellung, Reallohn, Lebenshaltung. Nicht früher wird die Wende beginnen, als bis sich die Arbeiterklasse das zu schaffen beginnt, wofür sie die Sozialdemokratie hält, was sie aber nicht ist — denn die Sozialdemokratie ist nicht Arbeiterpartei, sondern Volkspartei, Mittelstandspartei! — nicht früher wird die Wende beginnen, als bis die Arbeiterklasse das zu beseitigen beginnt, was ihre zentrale Schwäche, bis sie daran geht, das zu schaffen, was sie unumgänglich braucht und was durch nichts zu ersetzen ist: die Arbeiterpartei, ihre Klassenpartei.

Die Taktik der Arbeiterklasse.

Was heischt sein ureigendstes Klasseninteresse vom Proletariat in Bezug auf den 7. Oktober?

Verhinderung des Heimwehraufmarsches!

Verhinderung des Vormarsches der Bourgeoisie zur offenen Kapitalistendiktatur! Erhaltung, Verbesserung des Mieterschutzes, Pächterschutzes, der Arbeitslosenversicherung, Inkrafttreten der Altersversicherung!

Zur Verhinderung:

Kein Transport der Heimwehr: weder mit Eisenbahn, noch mit Auto, noch mit Schiff! Kein Quartier, keine Verpflegung!

Konzentrierung des gesamten Proletariats aus dem Wiener Neustädtergebiet für den 7. Oktober nach Wiener Neustadt und Umgebung!

Mobilisierung der Gesamtarbeiterschaft in ganz Oesterreich zur Bereitschaft am 7. Oktober!

Jeder Arbeiter muß sich klar sein, daß die Heimwehr, selbst wenn sie nicht unmittelbar bewaffnet aufmarschiert, absolut sicher ihre gesamten Waffenbestände greifbar bereitgestellt haben wird. Das Klasseninteresse, das physische Lebensinteresse fordert bei Gefahr für das nackte Leben gebieterisch

Bewaffnung der Arbeiterschaft

Entwaffnung der Heimwehrrhorden.

Die Bourgeoisregierung steht hinter dem Heimwehraufmarsch. Nicht nur läßt sie ihn zu, sie dirigiert ihn politisch. Die Bourgeoisie wird und muß ihren Kurs auf die offene Kapitalistendiktatur steuern, denn sie weiß, daß trotz aller Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft den Grad von Ausbeutung, den die Kapitalistenklasse ihr aufzuerlegen entschlossen ist, nicht ruhig ertragen kann und nicht ruhig ertragen wird.

Der 7. Oktober, sein Vorspiel und sein Nachspiel, geben der Arbeiterklasse schweren Anschauungsunterricht. Mögen die Arbeiter an diesem Anschauungs-

unterricht lernen, daß man illegale und legale, außerparlamentarische und parlamentarische Taktik kombinieren muß, um zu siegen. Die Erfahrung des 7. Oktobers wird die Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter über die Demokratie gründlich zerzausen und ihnen einhämmern, daß die gesamte Politik der Arbeiterklasse untergeordnet werden muß dem Kampf um die wirkliche Macht, eingestellt werden muß auf die proletarische Diktatur, auf die Herrschaft der Arbeiterklasse, auf den proletarischen Staat.

Es ist nicht wahr, was die Sozialdemokratie vorspiegelt, daß „Seipl sich fürchte den Einfluß der Cristlichsozialen auf die Heimwehr zu schwächen und darum der Heimwehr nachgebe.“ Der ganze Heimwehraufmarsch ist vollkommen bewußt Teil der Regierungspolitik. Die einzige Differenz ist, daß manche Heimwehritzköpfe jetzt schon zur Entscheidung losschlagen möchten, während die Regierung als Vertreterin des gesamt-kapitalistischen Interesses jetzt noch nicht die Entscheidung, sondern nur die Vorentscheidungsschlacht schlagen will, allerdings die letzte vor dem Entscheidungskampf, der kommen wird und den sie vorbereitet. Darum fordert die Lage von der Arbeiterschaft: Weg mit der Kapitalistenregierung, die den Heimwehraufmarsch inszeniert!

Weg mit der Heimwehrregierung!

Jeder Arbeiter hat die Klassenpflicht in dieser Richtung alle seine Kräfte anzuspannen und einsetzen, jeder Arbeiter ohne Unterschied, allen voran die Kommunisten. Jeder Arbeiter ohne Unterschied muß das äußerste leisten, um die ganze Klasse zu mobilisieren, um ihren Kampfwillen, ihre Entschlossenheit, ihre Kampfkraft, ihre Tatkraft auf das äußerste zu steigern. Jeder Arbeiter ohne Unterschied hat die Pflicht sich selbst einzusetzen, um den Heimwehraufmarsch zu verhindern. Wenn alle Arbeiter ihre Pflicht erfüllen, wenn die ganze Arbeiterklasse ihre Kraft einsetzt in dieser Richtung, in die proletarische Richtung, dann wird die Arbeiterklasse ihre Kraft einsetzt in diese Richtung, in wehr auf den Kopf schlagen.

Verhinderung des Heimwehraufmarsches!

Das englisch-französische Kriegsbündnis.

Das Kriegsbündnis das England und Frankreich abgeschlossen haben, hat folgenden Inhalt:

1. Flottenabkommen: Zusammenarbeit der Flotten im Stillen Ozean; Aufteilung des Mittelmeeres in englische und französische Einflußzonen; Anerkennung der englischen Sonderinteressen in Gibraltar und der französischen Sonderinteressen in Tanger; Schaffung neutraler Seezonen.

2. Zusammenarbeit der englischen und französischen Luftstreitkräfte außerhalb der europäischen Länder sowie im Falle eines Krieges der vertragschließenden Teile und der Sowjetunion. Besonders geregelt ist diese Zusammenarbeit der Luftstreitkräfte für das Mittelmeerbecken.

3. Kompromiß über die militärische Instruktionsarbeit in den Ländern des Orients.

4. Arbeitsteilung im Spionagedienst in den Ländern des Orients, die Sowjetunion inbegriffen.

5. Abmachung über die ausgebildeten Reserven; die Rüstungseinschränkung wird auf die ausgebildeten Reserven nicht ausgedehnt.

Warnung an die belgischen und französischen Oppositionellen.

Ein gewisser L. R. aus Oesterreich hat unserem belgischen Bruderblatt „Le Communiste“ einen Artikel zugeschickt, den das Blatt übrigens glänzend abfertigt (über den Anschluß).

Ein sicherer O. M. veröffentlicht im „Bulletin Communiste“ Seite 447 einen Artikel über Oesterreich.

Schließlich hat, wie im „La Lutte de Classes“ Seite 71 zu lesen ist, ein gewisser L. Revo in Nr. 15 der „Clarté“ einen Artikel über den Mechanismus der Sowjetwirtschaft veröffentlicht.

Es diene den belgischen und französischen Genossen zur Kenntnis, daß L. R. alias O. M. alias L. Revo recte Otto Maschl aus Wien (Margareten) der Tomanfraktion angehört, die das österreichische Glied der Sinowjewfraktion war und ist und alle Schweinereien Sinowjews mitgemacht hat und mitmacht in Tomanform, das heißt hundertfach potenziert und zur grotesken Fratze verzerrt. Maschl war und ist das internationale Führer der Tomanfraktion insbesondere in Moskau: jede Konjunkturänderung zu signalisieren, damit diese Fraktion der Konjunkturritter rechtzeitig umsatteln kann, das war und ist seine Fraktionsaufgabe.

Was Raffinement betrifft ist es jedenfalls eine Glanzleistung, daß dieser Sinowjew-Tomanfraktionist im Stande ist Artikel in belgischen und französischen Oppositionsblättern zu placieren, wobei er sehr geschickt die österreichische Opposition mit faulen Eiern bewirft und die Tomanfraktion auf neuen Glanz aufzubügeln versucht.

Z. B. schreibt er, die österreichische Opposition bekomme das Geld zum Vertrieb ihres Blattes vom Leninbund. Nun wäre das wahrhaftig keine Schande, aber es ist einfach Lüge. Die österreichische Opposition erhält sich bis zum letzten Groschen aus eigenen Kräften. Oder in die Vergangenheit schweifend erzählt er, 1923 habe die Kominternvertretung (Abrahamowitsch—Albrecht, Neurath, Dimitriew) alles daran gesetzt die Leitung der Partei der Freyfraktion zu geben, während das Gegenteil wahr ist: alle

Mit größtem Nachdruck, mit größter Schärfe jedoch muß jeder Arbeiter, jeder Arbeiter ohne Unterschied, müssen auch die Kommunisten unerbittlich und gebieterisch fordern:

95 Prozent der Arbeiter stehen hinter der Sozialdemokratie.

95 Prozent der Arbeiter stehen hinter den von der Sozialdemokratie geführten proletarischen Massenorganisationen, insbesondere den Gewerkschaften.

Ihr habt uns Arbeitern immer wieder gesagt und sagt es immer wieder: Wir, die Sozialdemokratie, sind die Partei des Proletariats, sind die Arbeiterpartei, sind die Partei die die Klasseninteressen der Arbeiter in allen Lagen vertritt, vertritt,

Mit wenn und aber, mit hundert Vorsichten, habt ihr im Linzer Parteiprogramm gesagt: Wenn die Bourgeoisie das Leben der Arbeiter selbst bedroht — und das sie es mit dem Heimwehraufmarsch bedroht, schreit ihr selbst jetzt hinaus — dann werden wir, die Sozialdemokratie, es mit allen Mitteln schützen, auch mit Waffen in den Händen,

Nun wohlan, die Stunde ist gekommen, in der ihr euer Wort in die Tat umsetzen müßt. Die Arbeiter ohne Unterschied, auch die Kommunisten, werden das tun, was das Klasseninteresse von jedem Arbeiter fordert. An der Sozialdemokratie ist es, zusammen mit dem gesamten Proletariat das zu tun was das proletarische Klasseninteresse fordert.

Die Arbeiter ohne Unterschied müssen verlangen, daß die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr durch die Tat beweise, daß sie das ist, wofür sie sich immer ausgibt, die

Arbeiterpartei,

daß sie mit uns allen, mit der Gesamtarbeiterschaft, ihre ganze Kraft vereinigt auf die zentrale Lösung, die in dieser Lage allein die Niederlage der Arbeiterklasse verhindern und den Weg zum Sieg eröffnen kann:

6. Hand in Hand arbeiten der englischen und französischen Politik in der Rheinfrage und der Reparationsfrage.

7. Hand in Hand arbeiten der englischen und französischen Politik auf dem Balkan und in allen Nachbarländern der Sowjetunion.

Der politische Sinn dieses Kriegsbündnisses ist klar: 1. Frankreich deckt England den Rücken gegen Amerika; 2. England deckt Frankreich den Rücken gegen Deutschland und Italien; 3. Beide fassen ihre Kräfte zusammen offensiv gegen die Sowjetunion, um den proletarischen Staat zu vernichten.

Japan und Italien — sie wurden durch Konzessionen gewonnen — haben dieses Kriegsbündnis bereits gebilligt.

Amerika antwortet mit einer gewaltigen Steigerung der Rüstungen.

Der zweite imperialistische Weltkrieg naht mit Sturmschritten.

drei Gesellen haben vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um das zu verhindern und als schließlich trotzdem die Freyfraktion die Mehrheit hatte, hat Neurath, um deren Sieg zu verhindern, den Parteitag einfach — aufgelöst.

Die österreichischen Genossen wird es interessieren, was dieser als „Oppositioneller“ verkappter Tomanit über die gegenwärtige Tomanfraktion erzählt: „Die Fraktion Toman-Koritschoner hat sich zersetzt, ihre Mitglieder verteidigen die verschiedenartigsten Auffassungen, von der Billigung der Stalinmethoden — aus Ueberzeugung und nicht des Geldes willen, eine Seltenheit in der Internationale! (Das kann der Herr Maschl in Frankreich und Belgien erzählen, aber er soll das mal in Oesterreich versuchen: zwischen Ueberzeugung und Bauch gestellt, hat die Tomanfraktion immer gewählt, wählt immer und wird immer wählen absolut, unbedingt, ohne zu schwanken den Bauch), bis zur Billigung der Trotzkyfraktion. (Wo? Wann? Wie? In Oesterreich ist nichts davon zu merken. Möglich ist allerdings, daß sich die lieben Leute so wie immer für alle Fälle salvieren wollen. Man kann ja nicht wissen, ob die „Trotzkysten“ nicht vielleicht doch hinaufkommen und was wärs dann mit dem Bauch?!...). Es gibt unter ihnen einige, die eine starke Anstrengung machen sich von der Konfusion loszulösen, da sie sich weder von den einen noch von den anderen ins Schlepptau nehmen lassen wollen.“

Daß es Meinungsverschiedenheiten unter den oppositionellen Gruppen gibt, ist zur Zeit unvermeidlich und wird erst an der Hand von Erfahrungen überwunden werden. Kritik einer Gruppe an der anderen ist gut und notwendig. Allerdings würden wir uns hüten ohne die gründlichste zuverlässige Kenntnis der Geschichte und der Verhältnisse Kritik über das Interne z. B. einer französischen Oppositionsgruppe zu üben. Wie immer man es aber damit hält, das eine wenigstens muß hinten gehalten werden, daß als „Oppositionelle“ verkleidete Gegner der Opposition ihre Kritik an irgend einer oppositionellen Gruppe in oppositionellen Blättern placieren. Darum warnen wir die belgischen und französischen Genossen vor L. R., O. M., L. Revo und Konsorten.



ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Zuschriften für die „Rote Volkstribüne“ sind an die Administration Wien, XVI., Hyrtlgasse 19/4 zu richten

Zur Arbeitslosenfrage.

Ein Kapitel für sich bildet die Ausbeutung der arbeitslosen Angestellten durch die verschiedenen Versicherungsgesellschaften. Zahlreiche, schon geraume Zeit arbeitslose Angestellte, schreiben auf die in den bürgerlichen Blättern wiederholt erscheinenden, sehr verlockenden Anzeigen, in denen es u. a. heißt: „Außenorgane gegen Fixum und Netzkarte werden aufgenommen“. Nach einigen Tagen erfolgt eine Verständigung zwecks persönlicher Vorstellung. Man geht nun hin und wird in einem elegant eingerichteten Büro von einem Herrn empfangen, der sich als Direktor vorstellt, in Wirklichkeit aber nichts anderes ist als ein älterer Agent, der von den Geschäften lebt, die ihm die anderen Agenten zutragen. Er malt den sich Vorstellenden alles in den schönsten Farben aus, spricht von der Möglichkeit, ein großes Einkommen leicht zu verdienen und als die Frage aufgeworfen wird, wie es mit dem Fixum und der Netzkarte bestellt ist, erhält man die Auskunft, daß man erst im zweiten Monat fest angestellt werden könne. Durch die großen Entbehrungen während der langen Arbeitslosigkeit zermürbt, erklärt man sich hiemit einverstanden und beginnt nach kurzer Instruktion seine Tätigkeit. Der Monat vergeht, viele sind im Laufe desselben ausgesprungen, der Rest ist diesem schweren Berufe weiter nachgegangen und hat eine kleine Anzahl von Geschäften getätigt. Aber ein Fixum gibt es trotzdem nicht. Die Erfolge sind zu gering, um ein festes Dienstverhältnis herbeizuführen, müsse ein bestimmter Umsatz erreicht werden, so lautet stets die Antwort des sogenannten Direktors. Die Gesellschaften haben ihr Ziel erreicht, Geschäftsabschlüsse erhalten, die sie nichts kosteten die armen Agenten aber können weiter im Elend der Arbeitslosigkeit leben.

Was sagt die Gewerkschaft der Versicherungsangestellten unter Führung des Obergewerkschafts, Gemein-

derates und Versicherungsdirektors Broczyner dazu? Nichts, gar nichts. Herr Broczyner, leitender Direktor der Föniciere Versicherungsgesellschaft, hat doch viel wichtigeres zu tun. Seine Tantiemen und Provisionen gehen ihm näher, als das Elend der von den diversen Gesellschaften ausgenützten Agenten. Nebenbei: Die Gemeinde Wien, Städtische Versicherungsgesellschaft, zahlt ihren Agenten fixe Bezüge die zwischen 50 und 100 Schilling monatlich schwanken.

Den Sozialismus in Broschüren und Versammlungen, aber in den eigenen Unternehmungen kapitalistische Ausbeutungsmethoden, das ist das wahre Antlitz der heutigen Sozialdemokratie.

H. K., Sozialdemokrat, Angestellter Favoriten.

Wer bekommt eine Wohnung und wer nicht?

Ich ersuche meine Zeilen über das Wohnungszuweisungs-Problem der Gemeinde Wien, in ihrem geschätzten Blatt zu veröffentlichen.

Es ist unerhört, daß man 70—80 Prozent der Wohnungen an Funktionäre und Parteigünstlinge zuweist: Ein Vorgang der einem jeden nüchternen Arbeiter der Partei doch zu denken geben muß.

Kann eine solche Art von Wohnungszuweisung noch als eine gerechte gelten?! Mir sind eine Menge Fälle bekannt, wo vier Köpfe und mehr auf einen Raum zusammen gepfercht sind die schon seit Jahren eine Qualifikation haben, und dennoch keine Wohnung bis heute zugewiesen erhielten. Warum bekommen sie keine Wohnung? Na, weil sie sehr arm sind oder es fehlt die nötige Verbindung, Empfehlung zu jenen Herrn die die darüber entscheiden.

Als Sozialdemokratischer, aufrichtiger Arbeiter muß ich mir sagen, es ist nicht sozialistisch, daß man aus Belohnung für eine Parteiarbeit den Nichtbedürftigen eine Wohnung zuweist und die die genau dieselbe Wohnbausteuer zahlen müssen aber arm und allein dastehen, immer zurückläßt, und sie um die Hoffnungen prellt die sie auf die große Partei setzen.

Das ist der Zerfall der Partei, und wenn man so weiter handelt und die Arbeiter in die Verzweiflung treibt, dann werden die enttäuschten Arbeiter in Massen jener Partei den Rücken kehren, die viel für die Arbeiter spricht, aber nicht für sie handelt.

Die Wohnungsbauten sind gut; aber wer bezahlt sie? Die Arbeiter! Wenn die 95 Prozent der Arbeiterschaft, die noch fest den Eindruck haben die Sozialdemokratische Partei sei eine Arbeiterpartei, die Wohnungspolitik eine sozialistische nennen, so sind sie in einem großem Irrtum.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter, XVI.

Späte Erkenntnis.

Es war im Jänner 1926, da stand in der „Roten Fahne“ ein Artikel, der gegen das Memorandum gerichtet war, das Gen. Frey seinerzeit vor dem Ausschluß verfaßt hatte, das aber uns Mitgliedern sehr wenig bekannt war. Damals schrieb die „R. F.“ wörtlich: „Frey schreibt in seinem Memorandum: Die ganze österreichische Politik steht unter dem Einfluß der SP, die KP beeinflusst nur einen ganz geringfügigen Bruchteil des Proletariats, die KP hat nicht das Ohr der großen Masse, ja noch mehr, die große Masse will die KP nicht einmal hören.“ Wann hat es selbst die SP gewagt, die kommunistische Partei als so bedeutungslosen Dreck darzustellen wie Gen. Frey es tut?! ... So stand es gedruckt in der „R. F.“ 1926.

Im September 1928 bringt die Imprekorr den Bericht vom Kongreß der Komintern, darin auch das Referat des Gen. Schönfelder. Dieser behauptet in seinem Referat dasselbe, was Gen. Frey schon im Jänner 1926 schriftlich niedergelegt hat. Gen. Frey wurde dafür aus der Partei ausgeschlossen und mit ihm viele die seine Ansicht teilten. Wird dasselbe Schicksal auch Gen. Schönfelder ereilen oder ist das Zentralkomitee schon darauf gekommen, daß die KPOo tatsächlich so bedeutungslos ist, und hat Gen. Schönfelder in Moskau im Namen des ZK gesprochen? Wäre letzteres der Fall, was zwar das ZK uns Mitgliedern gegenüber noch nie eingestanden hat, dann hätte wohl das ZK alle Ursache, alles daran zu setzen, um alle Kommunisten wieder in einer Partei zu vereinigen und alle diesbezüglichen Ausschlüsse zu annullieren. Gerade die jetzige Periode, in der die Reaktion zum Generalangriff gegen das österreichische Proletariat rüstet, ist es doppelt und dreifach notwendig, alle revolutionären Kräfte zusammenzufassen. Denn die ausgeschlossenen Genossen waren die Großzahl unserer besten und aktivsten. Ihr Genossen von der Opposition werdet vielleicht sagen: warum schreibt den der das nicht der „Roten Fahne“? Dort wäre es besser angebracht. Nun Genossen, die „Rote Fahne“ würde es gar nicht abdrucken. Ich hoffe aber, daß mein Schreiben ein Echo bei allen ehrlichen Kommunisten finden wird.

Ich hätte gerne in eurem Blatte der „Arbeiter-Zeitung“ eine Antwort gegeben auf ihren Leitartikel über den Moskauer Kongreß, doch darüber nächstmal. Ich will nicht gleich das erstmal eure Zeitung, der es ja an Raum fehlt, in diesem Maße in Anspruch nehmen.

Ein „Zekist“

Leset, verbreitet die „Arbeiter-Stimme“!

Mordanschlag auf Trotzky.

Meuchelmörder von Stalin, Bucharin, Rykow & Co. gedungen.

Drei Tage hindurch haben Scharfschützen das Haus, das in der Verbannung Trotzky angewiesen ist, beschossen. Mehrere Tage hindurch verweigerten ihm und seiner Familie die Stalinorgane die notwendigen Lebensmittel. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Kulakagenten, Trotzky, der heute das Gewissen des russischen Proletariats darstellt, ermorden wollen und dazu Meuchelmörder gedungen haben. Trotzky steht unter allerschärfster stalininistischer Bewachung, der Mordanschlag gegen ihn ist also im Auftrag der Stalinbande unternommen worden. Stalin beeilt sich mit keinem Dementi, er prüft wie die Nachricht des noch nicht gelungenen Mordes auf die außerrussische Arbeiterschaft wirkt (denn die russischen Arbeiter erfahren nichts), um sich klar zu werden, ob er den Mord rikieren kann. Gerade macht er den Kapitalisten gewaltige Konzessionen, auf Kosten der Arbeiter versteht sich. Gerade verlangt er von seinen Auftraggebern, den Kulaken und der Nepbourgeoisie, eine innere Anleihe von 300 Millionen Rubel, die er ihnen mit 11 (!) Prozent aus dem Schweiß der russischen Arbeiter zu verzinsen zusichert. In solchem Augenblick ist der stalininistische Mordanschlag gegen Trotzky die Verbeugung Stalins von den kapitalistischen Elementen mit der blutigen Versicherung: auf mich könnt ihr rechnen, ich halte die revolutionäre Kanaille nieder.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat zum Mordanschlag nichts zu sagen. Ist doch die Stalinpolitik der Mantel mit dem sie die Blöße der sozialdemokratischen Kapitulationspolitik vor den Arbeitern verhüllt. Wenn Stalin den Kapitalisten so gewaltige Konzessionen macht, warum sollten wir den Kapitalisten den Mieterschutz nicht präsentieren können?! ... Womit nur bewiesen ist, daß die Stalin, Bucharin, Rykow in grün dasselbe sind wie die Sozialdemokratie in rosa: Helfershelfer, Agenten, Lakaien des Kapitals.

Es ist Klassenpflicht jedes Arbeiters alle Kameraden auf die Meuchelmordanschläge der Stalinbanden aufmerksam zu machen. Nur die Furcht, daß die Arbeiter das Spiel durchschauen, wird die stalinistischen Mordgesellen zurückhalten.

Die Opposition ausgeschlossen, nach Sibirien verbannt, Meuchelmordanschlag gegen den Führer der Opposition, Konzession auf Konzession den Kulaken, Nepleuten, inter-

nationalen Kapitalisten und trotzdem die: Kulaken, Nepleute, Kapitalisten wollen immer mehr. Der stalinfreundliche Korrespondent des Berliner Tageblatt meldet: ... Die Herbeischaffung von Saatgetreide bereitet der Sowjetregierung Schwierigkeiten. In den Städten sinkt die Qualität des Brotes und die Versorgung mit Butter, Milch, Eiern, Schinke, Grütze, Hirse, Gemüse ist kärglich. Die Preise für alle diese Lebensmittel ziehen scharf an. Ferner ist eine allgemeine Preissteigerung zu verzeichnen bei Gütern im freien, teilweise/im staatlichen Handelsverkehr (natürlich ohne Lohnerhöhung!). Die Zunahme der Spannung in den Lebensverhältnissen des Winters ist unvermeidlich...

So der Stalinliebhaber Schäfer im Berliner Tageblatt. So schauen die Ergebnisse und die Aussichten der Stalinpolitik in der Praxis aus. Da gibts freilich nur eines, um sich vor den Arbeitern zu halten: die Kritiker, die Mahner, also die Oppositionellen ausschließen, nach Sibirien schicken und ermorden. —

Trotzkys Leben ist übrigens auch anders bedroht. Seine Frau ist an der Malaria sterbenskrank und auch an Trotzky beginnt die Krankheit zu zehren. Stalin hat ihn in die Malariagegend gesteckt. Das Bündnis mit den Bazillen soll das Risiko des Meuchelmordes ersparen ...

Eine Thälmannsäule geborsten. Der Bezirkssekretär der KPD in Hamburg und Mitglied des ZK der KPD Witroff wurde wegen Unterschlagung von Parteigeldern aus der KPD ausgeschlossen. mit ihm noch einige hochstehende Komplizen. Zweierlei ist daran wichtig. Erstens sind es Thälmanniten. Der demonstrative Ausschluß soll die Thälmannfraktion kompromittieren und kompromittiert sie, die Ewertfraktion macht Fortschritte. Zweitens aber enthüllt sich hier kraß, welch schwere korrupte Elemente sich in dieser Stalingesellschaft angesammelt haben. Das Stalinsystem, auf Korruptionierung der Gesinnung aufgebaut, züchtet die Korruption. Auch in der österreichischen KP wird die Korruptionsblase mal platzen und der Gestank wird nicht klein sein.

Thälmann der Vorsitzende der KPD hat von den Unterschlagungen gewußt und sie gedeckt. Er wurde deshalb allen seinen Funktionen enthoben.

Stimmungsmache für Rationalisierung.

Wie die „Neue Freie Presse“ berechnet, wurden durch die Rationalisierung 1927—1928 rund 50.000 Arbeiter „erspart“. Sie bringt dabei Daten aus der Schrift des Bundes der Industriearbeiter über Grundlage und Richtlinien gewerkschaftlicher Rationalisierungspolitik. Darnach sind in fast allen Branchen die Lohnkosten (Anteil des Lohnes an den Produktionskosten) bedeutend gesenkt worden und fast durchwegs ist auch der „Lohn“ gestiegen. Gewiß der Geldlohn ist gestiegen, aber der Reallohn ist gesunken und der ist entscheidend für die Lebenshaltung der Arbeiter. Wer den Arbeitern mit den erhöhten Geldlöhnen vor den Augen fuchtelte, ohne ihnen immer wieder zu sagen: die Preise sind gestiegen; die Arbeitslosigkeit die in der einen oder anderen Weise jeden Arbeiter oder ein Glied seiner Familie trifft, nimmt dir ein Stück deines Lohnes; vor allem aber, auch wenn dir der Unternehmer um zehn Prozent in Geld mehr gibt, nimmt er dir doppelt und noch mehr ab an der Arbeitsleistung, an Arbeitskraft, also an deiner „Ware“ ... Wer nur von den höheren „Löhnen“ spricht, macht Stimmung für die rationalisierte Ausbeutung. Aber freilich auf dieser Linie können sich Unternehmerpolitik und sozialdemokratische Politik finden zur Zusammenarbeit, oder wie das neueste Wort dafür lautet, zur „Wirtschaftsdemokratie“. Und auf dieser Linie bewegt sich praktisch die ganze Politik der Sozialdemokratie und der von ihr geführten Massenorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften, wozu ja auch der Bund der Industriearbeiter zählt.

BRIEFKASTEN

Sympathisierender Parteikommunist. Du hältst es nicht für zweckmäßig, daß wir über Stalin so schreiben wie in Nummer 34. Wir sind als Regel derselben Ansicht und wir haben gegenüber den Anpöbelungen der Stalinjünger größte Zurückhaltung bewahrt. Aber lies z. B. Stalins Artikel über die Frage des Blocks mit den Mittelbauern (Imprekorr Nr. 66 Seite 1203 — 1204). Da schreibt er: ... Gaunertrick der Opposition ... Die oppositionellen Hallunken ... Betrug ... Gaunermethoden der Opposition ... betrügen ... schuftigen Aktionen der Opposition ... Selbstverständlich die starken Ausdrücke beweisen nichts, Stalin will damit verhetzen. Aber darum ist es notwendig dem Stalingelichter zu zeigen, daß wir unter Umständen ihre Mittel gegen sie anwenden können, damit wir sie in die Schranken weisen.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 286 Verantwortlicher Redakteur: Franz Beran, XVI., Hyrtlgasse 19/4 Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Josef Lohner, Wien, III., Custozzgasse 8

Die Fälschung der Geschichte der Oktoberrevolution und der WKP.

Von Leo Trotzky.

Eine der Hauptwaffen der Stalin, Bucharin, Rykow im Kampf gegen die Opposition — schon ihr Vorgänger Sinowjew hat dieses Mittel fleißig benützt — ist die Lüge. Ganze Druckwerke haben sie zu diesem Zwecke verfälscht (z. B. das offizielle Werk über die Geschichte der russischen Revolution) und selbst in Filmen verbreiten sie ihre Fälschungen. Es ist notwendig, daß die Arbeiter und daß vor allem die Kommunisten die Wahrheit über die Geschichte der Oktoberrevolution und der Russischen kommunistischen Partei kennen. Darum veröffentlichen wir die nachfolgenden Schilderungen des Genossen Trotzky in vollem Wortlaut.

Aufgefordert von der Abteilung für Parteigeschichte des ZK der WKP, seine Beteiligung an der Oktoberrevolution und an der Parteibewegung seit 1917 darzulegen, antwortete Genosse Leo Trotzky wie folgt:

Werte Genossen!

Ihr habt mir gedruckte ausführliche Fragebogen über meine Beteiligung an der Oktoberrevolution zugeschickt und um Antwort gebeten. Ich glaube nicht, daß ich hdm viel hinzusetzen könnte, was in den verschiedensten Dokumenten, Reden, Artikeln, Büchern (meine eigenen eingegriffen) festgelegt worden ist. Aber ich erlaube mir, Euch zu fragen: „Welchen Zweck hat es, mich über meine Beteiligung an der Oktoberrevolution zu befragen, wenn der gesamte offizielle Apparat, auch der Eurige, nach der Richtung arbeitet, jegliche Spuren meiner Beteiligung zu verwischen, zu vernichten oder wenigstens zu verdrehen?“

Mehr als einmal haben mich Genossen gefragt, warum ich auf die himmelschreiendsten Verfälschungen der Geschichte der Oktoberrevolution und der Geschichte der Partei, die gegen mich gerichtet sind, immer noch schweige. Ich denke nicht daran, hier die Frage der Fälschung erschöpfend zu beantworten, dazu müßte man mehrere Bände schreiben. Aber erlaubt, daß ich als Antwort auf Eure Fragen an einigen Dutzenden von Beispielen auf die bewußte und böswärtige Verdrehung der Geschichte der vergangenen Tage hinweise, eine Verdrehung, die im weitestem Maßstab durch die Autorität aller möglichen Behörden gestützt und sogar in die Lehrbücher aufgenommen wird.

Der Krieg und meine Ankunft in Petrograd.

(Mai 1917.)

1. Ich kam Anfang Mai in Petrograd aus der kanadischen Gefangenschaft an, am zweiten Tag nach dem Eintritt der Menschewiken und Sozialrevolutionäre in die Koalitionsregierung.

Die Organe der Geschichtsabteilung des ZK wie auch viele andere versuchen jetzt nachträglich, meine Arbeit während des Krieges als eine dem Sozialpatriotismus eng verwandte hinzustellen. Dabei „vergißt“ man, daß die Sammlung meiner schriftstellerischen Arbeiten während des Krieges („Krieg und Revolution“) in verschiedenen Ausgaben unter Lenin herausgegeben, daß sie in den Parteischulen gelehrt und durch die Verlage der Komintern in die verschiedensten Sprachen übersetzt wurden.

Man versucht, die junge Generation über meine Haltung während des Krieges zu täuschen, da sie nicht weiß, daß ich für meinen revolutionären internationalistischen Kampf gegen den Krieg schon Ende 1914 in Deutschland in Abwesenheit zu Gefängnis verurteilt worden bin (für das Buch: „Krieg und Internationale“ in deutscher Sprache), daß ich aus Frankreich, wo ich mit den späteren Gründern der Kommunistischen Partei arbeitete, ausgewiesen wurde, daß ich in Spanien, wo ich gleichfalls mit späteren Kommunisten arbeitete, verhaftet wurde, daß ich aus Spanien nach den Vereinigten Staaten ausgewiesen wurde, daß ich in New York revolutionär internationalistisch arbeitete, daß ich mich zusammen mit Bolschewiken an der Zeitung „Nowy Mir“ („Neue Welt“) betätigte, wobei ich den ersten Etappen der Februarrevolution eine leninistische Bewertung gab, daß ich bei der Rückkehr von Amerika nach Rußland von der britischen Regierung zum Verlassen des Schiffes gezwungen wurde und einen Monat Konzentrationslager in Kanada zusammen mit 600 bis 800 deutschen Matrosen zubrachte, welche ich für Liebknecht und Lenin warb (viele von ihnen beteiligten sich später an Bürgerkrieg in Deutschland, und ich erhalte heute noch Briefe von ihnen).

2. Auf Grund des englischen Berichtes über die Gründe meiner Verhaftung in Kanada schrieb die Leninsche „Prawda“:

Von der Redaktion: Kann man auch nur einen Augenblick an die Richtigkeit dieser Nachricht glauben, die die englische Regierung erhalten hat, und die darin besteht, daß Trotzky, der ehemalige Vorsitzende des Rates der Arbeiterdeputierten in Petersburg 1905 — ein Revolutionär, der Jahrzehnte seines Lebens uneigennützig dem Dienste der Revolution gewidmet hat —, daß dieser Mensch eine Verbindung gehabt haben soll mit einem Plan, der von der „deutschen Regierung“ unterstützt worden sei? Das ist doch eine offene unerhörte, unverschämte Verleumdung eines Revolutionärs!“ („Prawda“, Nr. 34, 16. April 1917.)

Wie frisch klingen diese Worte jetzt in der Zeit der niederträchtigsten Verleumdungen der Opposition, die sich durch nichts unterscheiden von den Verleumdungen über die Bolschewiki im Jahre 1917.

3. In der Vorbemerkung zum 14. Band der Werke Lenins, herausgegeben 1921, steht:

„Vom Beginn des imperialistischen Krieges an hat (Trotzky) eine streng internationalistische Opposition eingenommen.“ (S. 482.)

Solche und noch kategorischere Äußerungen kann man, soviel man will, anführen. Die Rezensoren der gesamten Parteipresse, der russischen und der ausländischen, haben mehr als zehn- und hundertmal auf Grund meiner Bücher „Der Krieg und die Revolution“ darauf hingewiesen, daß wenn man meine Arbeit während des Krieges im ganzen überblickt, es unbedingt anzuerkennen und zu verstehen ist, daß meine Meinungsverschiedenheiten mit Lenin einen unterge-

ordneten Charakter trugen, die Grundlinie jedoch revolutionär war, und ich mich dem Bolschewismus die ganze Zeit näherte — nicht nur in Worten, sondern in der Tat. Ich werde an dieser Stelle nicht in den politischen Biographien meiner heutigen Entlarver kramen, besonders nicht in bezug auf ihre Tätigkeit während des Krieges.

4. Man versucht nachträglich, sich auf einzelne scharfe politische Bemerkungen Lenins gegen mich zu stützen, auf solche während des Krieges. Lenin vertrat keine Unausgesprochenheiten und keine Unklarheiten. Er war im Recht, wenn er zwei- und dreimal zuschlug, wenn es ihm schien, daß der politische Gedanke nicht bis zu Ende durchdacht oder zweideutig war. Aber es ist kein Unterschied zwischen einem polemischen Schlag in einen gegebenen Augenblick und der Bewertung der Linie im ganzen.

Im Jahre 1918 oder 1919 hat in Amerika ein gewisser R. einen Band der von Lenin und mir während des Krieges geschriebenen Artikel herausgegeben, die u. a. auch meine Artikel über den damals strittigen Punkt der Vereinigten Staaten Europas enthielt. Wie reagierte Lenin darauf? Er schrieb:

„... Vollkommen recht hat der amerikanische Genosse R., welcher ein dickes Buch herausgegeben hat, das eine Reihe von Artikeln von Trotzky und mir enthält, und somit einen Ueberblick über die Geschichte der russischen Revolution gibt.“ (Bd. 17, S. 96.)

5. Ich werde nicht auf die Haltung der Mehrheit meiner jetzigen Entlarver während des Krieges und zu Anfang der Februarrevolution eingehen. Hier könnte man manches Interessante erzählen von den Skworow-Stepanow, Jaroslawski und vielen anderer. Ich beschränke mich auf einige Worte über den Genossen Melnitschanski, welcher in der Presse versucht hat, meine Linie im Mai—Juni 1917 zu fälschen.

Melnitschanski kannten alle in Amerika als Menschewik. An dem Kampfe der Bolschewiken und revolutionären Internationalisten gegen den Sozialpatriotismus und den Zentrismus nahm Melnitschanski keinen Anteil. In allen Fragen dieser Art schwie er. Diese Taktik setzte er auch fort im kanadischen Lager, wohin er zufällig (wie auch mancher andere) mit mir und Tschudnowski zusammen geriet. Als wir mit Tschudnowski Pläne über unsere zukünftige Arbeit besprachen, teilten wir sie aus Vorsicht Melnitschanski nicht mit. Da wir aber auf den Pritschen Seite an Seite lebten, so beschlossen wir mit Tschudnowski, Melnitschanski direkt vor die Frage zu stellen: mit wem er in Rußland arbeiten werde, mit den Menschewiken oder Bolschewiken. Nur daraufhin fingen wir an, mit ihm wie mit einem Gesinnungsgenossen zu sprechen.

Leset nach, was Melnitschanski hierüber in den Jahren 1924 bis 1927 geschrieben hat! Alle, die Melnitschanski in Amerika kannten, können dabei nur mit den Achseln zucken. Aber warum Amerika? Man braucht heute nur irgendeine Rede von ihm zu hören, um in ihm den Beamten- Opportunisten zu erkennen, dem der Purcellismus näher ist als der Leninismus.

6. Als unsere Gruppe in Leningrad ankam, begrüßte uns auf dem finnländischen Bahnhof im Namen des ZK der Genosse Feodorow, Mitglied des damaligen ZK der Bolschewiken. In seiner Begrüßungsrede stellte er direkt die Frage über die weiteren Etappen der Revolution: über die Diktatur des Proletariats und den sozialistischen Weg der Entwicklung. Ich betonte mein volles Einverständnis mit einer solchen Formulierung der Aufgaben der Revolution. Wie mir Genosse Feodorow später erzählte, ist der wichtigste Punkt seiner Rede im Einverständnis mit Lenin oder, genauer gesagt, auf Anweisung Lenins formuliert worden, welcher, wie es sich von selbst versteht, diese Frage als die entscheidende für die Möglichkeit einer Zusammenarbeit ansah.

Ich trat unmittelbar nach meiner Ankunft aus Kanada nicht in die Organisation der Bolschewiken ein. Warum? Weil Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren? Man versucht sie jetzt nachträglich zu konstruieren. Wer das Jahr 1917 als Mitglied des bolschewistischen Kerns erlebt hat, der weiß,

daß vom ersten Tag an auch keine Spur von Meinungsverschiedenheiten mit Lenin vorhanden war.

Bei meiner Ankunft in Petrograd, genauer gesagt, schon auf dem finnländischen Bahnhof, erfuhr ich von den mir entgegengefahrenen Genossen, daß in Petrograd eine Organisation der revolutionären Internationalisten bestehe (das sogenannte „Meshrayonzy“). Diese Organisation verschob die Frage des Zusammenschlusses mit den Bolschewiken von Tag zu Tag, wobei einige ihrer führenden Arbeiter den Beschluß über diese Frage mit meiner Ankunft verbanden. Zu dieser Organisation, die ungefähr 3000 Petersburger Arbeiter umfaßte, gehörten: Uritzki, A. A. Joffe, Lunatsharski, Jurenew, Karachan, Wladimirov, Manuilski, Posern, Litkens u. a.

Folgendermaßen wird in der Vorbemerkung zum 14. Bande der Werke Lenins diese Organisation charakterisiert:

„In bezug auf den Krieg standen die „Meshrayonze“ auf einen internationalistischen Standpunkt, und in ihrer Taktik standen sie den Bolschewiken nahe.“ (S. 488/89.)

In den ersten Tagen meiner Anwesenheit erklärte ich zunächst dem Genossen Kamanew, dann auch in der Redaktion der „Prawda“, in Gegenwart von Lenin, Sinowjew und Kamenew, daß ich bereit sei, in die Organisation der Bolschewiken heute noch einzutreten, da keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden wären; aber es wäre unbedingt notwendig, die Frage der Heranziehung der gesamten Organisation der revolutionären „Meshrayonze“ zu entscheiden. Ich erinnere mich, daß einer der Anwesenden die Frage stellte, wie ich mir den Zusammenschluß vorstelle (wer von den Meshrayonze in die Redaktion der „Prawda“ kommen sollte, wer in das ZK usw.). Ich erwiderte, daß

diese Frage für mich keine politische Bedeutung habe, da doch Meinungsverschiedenheiten nicht vorhanden seien.

In der Organisation der Meshrayonze waren Elemente, die den Zusammenschluß verzögerten, indem sie die einen oder anderen Bedingungen vorschoben u. a.: Zwischen dem Petersburger Komitee und der Organisation der Meshrayonze hatten sich, wie es in solchen Fällen üblich ist, alte Kränkungen, Mißtrauen u. dgl. aufgehäuft. Nur dadurch war die Verzögerung hervorgerufen.

8. Der Gen. Raskolnikow hat in letzter Zeit viel Papier vollgeschrieben, um meine Linie der Linie Lenins im Jahre 1917 entgegenzustellen. Einige diesbezügliche Zitate anzuführen, wäre viel zu langweilig, da sie sich von anderen Fälschungen nicht unterscheiden. Es ist deshalb nicht ohne Nutzen, Worte desselben Raskolnikow anzuführen, die er etwas früher über diese Periode geäußert hat:

„Nachklänge ehemaliger Meinungsverschiedenheiten der Vorkriegszeit waren voll ausgeglichen. Zwischen der taktischen Linie Lenins und Trotzky's war kein Unterschied. Diese Annäherung, die sich schon während des Krieges bemerkbar machte, trat besonders deutlich in Erscheinung von dem Augenblick der Rückkehr Trotzky's nach Rußland; nach seinem ersten Auftreten fühlten wir alten Leninisten, daß er — unser sei.“ („Im Gefängnis der Kerenski“, „Die proletarische Revolution“ Nr. 10 (22) 1923, S. 150—152.)

Diese Worte sind nicht als Beweis oder Gegenbeweis für irgend etwas geschrieben, sondern einfach, um eine Tatsache zu erzählen. Später bewies Raskolnikow, daß er auch das erzählen kann, was nicht war. Bei der Neuaufnahme seiner Artikel, veröffentlicht von den Organen der Abteilung für Parteigeschichte, hat Raskolnikow sorgfältig alles ausgemerzt, was war, um es zu ersetzen mit dem, was nicht war.

Sich lange bei Raskolnikow aufzuhalten, lohnt sich nicht, aber ein Beispiel ist zu kraß. Bei der Rezension des dritten Bandes meiner Werke (Krasnajanow Nr. 7—8, 1924, S. 395 bis 401) fragt Raskolnikow:

„Wie war die Position des Genossen Trotzky im Jahre 1917?“

und antwortet:

„Genosse Trotzky betrachtete sich noch als Mitglied einer gemeinsamen Partei, zusammen mit den Menschewiki, mit Zeretelli und Skobelew.“

und weiter:

„Genosse Trotzky hat sein Verhältnis zum Bolschewismus und Menschewismus noch nicht geklärt. In jener Zeit hat Genosse Trotzky noch eine schwankende, unbestimmte Zwitterstellung eingenommen.“

Ihr fragt: Wie kann man diese wirklich frechen Erklärungen mit den oben angeführten Worten desselben Raskolnikow in Verbindung bringen, daß „Nachklänge ehemaliger Meinungsverschiedenheiten der Vorkriegszeit voll ausgeglichen waren?“ Wenn Trotzky sein Verhältnis zum Bolschewismus noch nicht bestimmt hatte, wie kann es dann stimmen, daß „wir alten Leninisten fühlten, daß er — unser sei“? Aber das ist noch nicht alles. Im Artikel desselben Raskolnikow „Die Julitage“ (Proletarische Revolution Nr. 5 [17] 1923, S. 71—72) heißt es:

„Trotzky war damals noch nicht formell Mitglied unserer Partei, aber faktisch arbeitete er die ganze Zeit vom Tage seiner Ankunft aus Amerika in ihr. Jedenfalls betrachteten ihn wir nach seinem ersten Auftreten im Sowjet als einen unserer Parteiführer.“

Das scheint klar zu sein. Das scheint keine falsche Auslegung zuzulassen. Aber da kann man nichts machen:

„Ein jeder Tag wird seine eigene Plage haben.“

Und was für eine „Plage“! Eine Plage, die systematisch organisiert ist, die gefestigt ist durch Befehl und Zirkular.

Um die Haltung Raskolnikows, die übrigens nicht nur ihn selbst, sondern sein ganzes System der Leitung und Erziehung charakterisiert, in ihrer ganzen Schönheit zu sehen, muß man noch einmal das Zitat aus seinem Artikel „Im Gefängnis Kerenski“ vollständig anführen, wo es heißt:

„Mit großer Achtung verhielt sich Trotzky zu Lenin. Er stellte ihn höher als alle Zeitgenossen, die er in Rußland und im Auslande traf. In dem Tone, in welchem Trotzky von Lenin sprach, fühlte man das Vertrauen des Schülers: in jener Zeit hatte Lenin 30 Jahre Dienst am Proletariat hinter sich und Trotzky 20. Nachklänge ehemaliger Meinungsverschiedenheiten der Vorkriegszeit waren voll ausgeglichen. Zwischen der taktischen Linie Lenins und Trotzky's war kein Unterschied. Diese Annäherung, die sich schon während des Krieges bemerkbar machte, trat besonders deutlich in die Erscheinung von dem Augenblick der Rückkehr Trotzky's nach Rußland. Nach seinem ersten Auftreten fühlten wir alten Leninisten, daß er — unser sei.“

Das Zeugnis Raskolnikows über das Verhältnis Trotzky's zu Lenin hindert ihn natürlich nicht, einen „Brief Trotzky's an Tscheide“ anzuführen zur Aufklärung der jungen Mitglieder der Partei.

Man muß hinzufügen, daß Raskolnikow in den Sommermonaten 1917 oft mit mir zusammen gearbeitet hat, mich nach Kronstadt begleitete, sich oftmals um Ratschläge an mich wandte, im Gefängnis mit mir viel diskutierte auf usw. Seine Erinnerungen bieten dadurch ein wertvolles Material, während seine späteren Verbesserungen nichts weiter als ein Fälschungsprodukt, ausgeführt auf Befehl, darstellen.

Ehe wir uns von Raskolnikow trennen, bringen wir noch ein Zitat aus seinen Erinnerungen an eine Episode beim Verlesen der Anklageschrift des Jermolenki über die Affäre des deutschen Goldes usw.:

(Fortsetzung folgt.)